

Ende Januar war der ukrainische Präsident Poroschenko zum Staatsbesuch in der BRD. Er brach seinen Besuch wegen der Lage im Donbass vorzeitig ab, wo nach seinen Worten die russische Aggression wieder zunahm, tatsächlich hatten die ukrainischen Streitkräfte und ihnen unterstellte nationalistische und faschistische Bataillone mit massiven Angriffen auf die DVR begonnen. Ein Zufall ist das wohl kaum, sondern eine inszenierte Aktion von Seiten der ukrainischen Regierung. Diese und die hinter ihr stehenden oligarchischen Kräfte brauchen den Krieg. Die soziale Lage in der Ukraine spitzt sich sehr zu, die Tarife für Strom, Heizung und Wasser sind um ein Mehrfaches gestiegen, während gleichzeitig Löhne und Renten stagnieren, Stipendien gestrichen werden. Im letzten Monat gab es in der Westukraine heftige Proteste gegen die Schließung von Krankenhäusern, [immer wieder gibt es in den verschiedenen Regionen Unruhen und Blockaden wegen ausbleibender Lohnzahlungen](#). Wegen der Schwäche der linken Kräfte in der Ukraine drohen diese Proteste den Faschisten und anderen rechten Kräften zu nutzen, die auch zu den Kriegsbefürwortern zählen, zunehmend aber Kritik an Poroschenko üben, [da sie eine andere Gruppe des Kapitals vertreten](#). Die Regierung Poroschenko ist also [in einer Zwickmühle: Ohne den Kriegszustand, das heißt auch bei nur einer teilweisen Erfüllung der Minsker Vereinbarungen, drohen Putschversuche von rechts](#). So sammelt beispielsweise der ehemalige Staatschef Georgiens und Ex-Gouverneur von Odessa Michail Saakaschwili Unterstützer für vorzeitige Parlamentswahlen, mit dem Versprechen, gegen die „Ausplünderung des Landes durch Oligarchen vorgehen“ zu wollen.

[Die Weiterführung eines offenen Krieges jedoch lässt sich vor der Weltöffentlichkeit kaum noch durch Hinweis auf die angebliche russische Aggression rechtfertigen, wenn in den Wohngebieten von Donezk ballistische Raketen detonieren und Zivilisten sterben.](#)

Gleichzeitig scheinen die derzeit regierenden Kräfte der Ukraine zu fürchten, dass sie mit dem Amtsantritt von Trump als US-Präsidenten fallen gelassen werden. Dies erscheint zwar völlig unsicher, da es im Gegenteil in den letzten Tagen deutliche Hinweise aus der US-Administration auf Aufrechterhaltung der Sanktionen wegen der Krim und dem Donbass gibt, führt aber dazu, dass die ukrainische Regierung offenbar sicher gehen und den Krieg wieder verstärken will. [Auch die vorsichtig kritischen Töne aus der Reihe der Unterstützerländer in der EU beängstigen Kiew offensichtlich.](#)

[Deshalb gehört zur Politik der Kiewer Regierung auch die Ankündigung einer Volksabstimmung in der Ukraine über einen NATO-Beitritt, die, wenn sie überhaupt stattfindet, symbolischen Charakter haben wird. Die NATO hat mehrfach erklärt, dass ein baldiger Beitritt der Ukraine nicht realistisch ist. Poroschenko jedoch benötigt diese Symbolik, wie auch die angekündigte Visa-Freiheit für die EU, um seinem Volk politische Erfolge vorzugaukeln.](#)

Derweil gehen die Angriffe gegen die Zivilbevölkerung des Donbass verstärkt weiter. Am späten Abend des 2. Februar wurde Donezk mit Mehrfachraketenwerfern beschossen. Von Seiten der DVR wird angenommen, dass das Ziel der Aktion die Unterbrechung der Verkehrsverbindung zwischen Donezk und Makejewka, einer großen Industriestadt, die unmittelbar an Donezk grenzt, war. Dies ist allerdings nicht gelungen, da die entsprechende Brücke verfehlt wurde. Allein in dieser Nacht starben aufgrund ukrainischer Angriffe sechs Zivilisten, 34 wurden verletzt. Es gibt erhebliche Schäden an Wohnraum und Infrastruktur. Seit dem 29. Januar gab es von Seiten der ukrainischen Streitkräfte zehn Versuche, die Armee der Donezker Volksrepublik zurückzudrängen und Gebiete zu besetzen, was von der Ukraine auch nicht [mehr](#) bestritten wird. Diese [Versuche blieben](#) alle erfolglos, die Verluste auf ukrainischer Seite sind sehr hoch, vermutlich mehr als 200 Tote und damit ein Vielfaches der Verluste auf der Seite der DVR. Die Führung der DVR erklärte, dass [die Streitkräfte der Volksrepublik](#) ihre Stellungen verteidigen, jedoch die Minsker Vereinbarungen einhalten und nicht zu Angriffen übergehen, auch wenn die Ukraine bisher keinen einzigen Punkt der Vereinbarungen erfüllt hat. Die ukrainische Regierung spricht von Zerstörungen auch auf von ihr kontrolliertem Gebiet, in dem direkt an der Front gelegenen Awdejewka. Es gibt jedoch

Hinweise, dass ein Ausfall der Stromversorgung und der damit verbundene Ausfall der Heizung von den ukrainischen Behörden selbst veranlasst wurde, um die Lage zuzuspitzen.

Trotz dieser [Situation](#) rückt die Bundesregierung nicht von der Unterstützung der Regierung Poroschenko ab. Beim Besuch Poroschenkos äußerte Merkel zwar ihre Beunruhigung über die Zuspitzung der Lage im Donbass und bekräftigte die Wichtigkeit des Minsker Prozesses, äußerte jedoch [keine ernsthafte Kritik gegenüber Kiew](#), sondern sprach über den weiteren Ausbau der vertrauensvollen Zusammenarbeit. Der neue Bundesaußenminister Gabriel sagte nach seinem Besuch in den USA, dass es eine Lockerung der Sanktionen gegen Russland nur geben könne, wenn es Fortschritte im Minsker Friedensprozess gebe.

Die OSZE, die im Donbass mit einer Beobachtermission vertreten ist, zeigt nach wie vor eine sehr einseitige Haltung. Mehr als Aufrufe an beide Seiten, die Feuereinstellung einzuhalten, ist nicht zu hören, der Aggressor wird nicht beim Namen genannt. Im Gegenteil gibt es mehr als nur vereinzelte Fälle, wo die OSZE ukrainische schwere Waffen unmittelbar an der Front in ihren Berichten nur erwähnt, nachdem sie von der Presse geradezu darauf gestoßen wurde, [wie jüngst in Awdejewka, als westliche Journalisten Panzer in Wohngebieten filmten](#).

[Die russische Regierung weist seit den Angriffen des ersten Februar-Wochenendes](#) sehr deutlich darauf hin, dass die Ukraine der Aggressor ist und die Minsker Vereinbarungen verletzt. Von einer offiziellen Anerkennung der Volksrepubliken, wie sie von deren Führungen [sowie](#) von der KPRF [und anderen linken bzw. patriotischen Kräften gefordert](#) wird, ist allerdings immer noch nicht die Rede.